

Sächsische Volkszeitung

Unabhängiges Tageblatt für Wahrheit, Recht und Freiheit

Interesse werden die Kapitalisten besitzen über deren Raum mit 20 J. Reklamen mit 60 J. die Stelle besetzt, bei Abrechnungen entsprechende Abat.

Verleger: **W. G. G. G. G.**
Redaktion und Verlagsstelle:
Trebzen, Pillnitzer Straße 43. — **Gründungsnummer 1886**
Für Rückgabe unbenutzt. **Schreibweise keine Verbindlichkeit**
Redaktions-Verzeichnis: 11 bis 12 Uhr.

Keine neuen Steuern.

Dresden, den 8. März 1912.

Die Bekehrungen ruhen noch im preussischen Staatsministerium; am Sonnabend treffen die einzelstaatlichen Minister in Berlin ein, um eine vertrauliche Aussprache über Bekehrungen und Dedung zu halten. Bisher hat der Reichsfiskus für letzterer keine bestimmte Stellung genommen; er hat sich weder für Monopole noch für die Erbschaftsteuer festgelegt, und davon tut er gut. Warum? Weil doch zuerst die Frage zu untersuchen ist: Braucht man überhaupt neue Steuern? Wir vertreten nach wie vor mit aller Entschiedenheit zwei Forderungen: 1. keine neue Schuldenlast; 2. keine Ausgaben ohne Dedung. An diesem Punkte hält auch die gesamte Zentrumsfaktion fest; alle anderen Mitteilungen sind falsch.

Aber es erhebt sich doch die Frage: Ist die Dedung nicht schon vorhanden? Die hohen Ueberschüsse der letzten Jahre laßen diese Frage bejahen; denn es ergeben sich folgende Ueberschüsse: 1909 114 Millionen Mark, 1910 118 Millionen Mark, 1911 annähernd 20 Millionen Mark. Das ist ja noch erfrischend. Es würde kein Mann im Volke vertreten, wenn man schon wieder neue Steuern schaffen wollte, wo man solche Ueberschüsse hat. Selbst wenn 1912 auch das Jahr 1911 nicht erreicht wird, so viel steht fest, daß man mit hohen Ueberschüssen rechnen kann. Man kann aber das Volk nicht belasten, nur um Ueberschüsse zu erzielen. Darum müssen die neuen Bekehrungen sich eben den schon vorhandenen Mitteln anpassen und sich nach diesen richten, dann geht es ohne neue Steuern.

Unter keinen Umständen aber haben Zentrumsgesandte und Zentrumsbüchler die Aufgabe, sich auf die Steuerfrage zu begeben, wie dies mehrfach in den letzten Wochen geschehen ist. Die Zentrumsfaktion hält an der Aufschonung fest, daß der ernsthafteste Versuch gemacht werden muß, ohne neue Steuern auszukommen. Sie findet dabei die Unterstützung einzelstaatlicher Finanzminister, die auch der Ansicht sind, daß man nicht jedes Jahr neue Steuern, die am letzten Ende immer wieder den Mittelstand treffen, machen kann.

Kunmehr erhebt auch die Großindustrie Protest gegen neue Steuern. In der „Rhein-Westf. Zeitg.“ wird die Haltung des Zentrums ganz energisch unterstützt; auch hier fordert man: Sparsamkeit und keine neuen Steuern. So steht einer der angesehensten Großindustriellen:

„Ich möchte davon absehen, mich für oder gegen eine bestimmte Steuer auszusprechen, weil ich der Auffassung bin, daß neue Steuern überhaupt vermieden werden müssen. Die Summen, die für unser Heer und unsere Flotte erforderlich sind, müssen meines Erachtens auf anderem Wege aufgebracht werden, und zwar durch Einschränkung der Ausgaben und Einführung größter Sparsamkeit auf allen Gebieten unserer Repräsentation und Verwaltung. Die letzte große Steuerreform wurde durch einen laut und ausführlich behandelten Appell an die Einschränkung und Sparsamkeit eingeleitet, ich vermag aber nicht festzustellen, daß Kennenwertes irgendwie geartete ist, um diese von der Regierung sich selbst und dem Lande gestellte Aufgabe auszuführen. Nach meiner Auffassung werden für reine Heuerbedürfnisse, die mit der Wehrkraft zu Wasser und zu Lande, der Stärke und Luchigkeit unseres Heeres und unserer Flotte nichts zu tun haben, in jedem Jahre ungeheure Summen verausgabt. Ich erinnere nur daran, was die Einreden, neuen Uniformen und sonstigen Ausrüstungsgegenständen, deren Notwendigkeit absolut nicht erwiesen ist, alles kosten, wie viel Geld bei den großen Zapelläufen und anderen ähnlichen Anlässen verausgabt wird, und alle diese Ausgaben, die der Steuerzahler einbringen hat, sind durchaus unproduktiv. Ueber die Luchigkeit unserer Verwaltung will ich kein Wort verlieren, aber es muß darauf aufmerksam gemacht werden, daß wenn sie noch privatwirtschaftlichen Gesichtspunkten und Grundrissen eingerichtet und geführt wird, in fast allen ihren Zweigen an Menschen und Geld sehr große Ersparnisse gemacht werden könnten. Es würde sich zweifellos lohnen, hier einmal gründliche Erhebungen anzustellen, die Beträge, die sich, ohne daß die Regierung und ihre Organe als solche in ihrer Leistungsfähigkeit irgendwie beeinträchtigt werden, ersparen lassen, stattdessen zu erfassen, aber damit darf es nicht genug sein. Eine Statistik hat nur dann Zweck, wenn sie Ausgangspunkt und Anlaß zur Abstellung von Schäden und zur Einführung von Verbesserungen gibt, und ich bin überzeugt, daß, wenn hier gründliche Arbeit geleistet wird, sich Summen herauswirtschaften lassen, welche den Forderungen auf militärischen Gebieten zu Wasser und zu Lande genügen würden. Es ist meiner Ansicht nach ein schwerer Fehler, der sich an der Entwicklung der deutschen Nation noch einmal schwer rächen wird, daß man fast in jedem Jahre mit neuen Steuern kommt. Wenn der Anteil, den Staat und Gemeinde von dem Einkommen des Bürgers für sich in Anspruch nehmen, mit jedem Jahre größer wird, vermindert sich in demselben Verhältnis die Möglichkeit, Ersparnisse zu machen, und wenn durch die Vermehrung von Besteuern die Bürgerpflicht von neuem zu Ausgaben gezwungen werden soll, so kann das vielfach als Strafe für sparsame wirtschaftliche

Lebensführung aufgefaßt werden und den Spartrieb selbst unterbinden. Wohin es aber insbesondere bei kriegerischen Verwicklungen führen soll, wenn der Bürger gehalten oder gewohnt ist, aus der Hand in den Mund zu leben und nichts mehr zurückzuliegen, ist nicht abzusehen.“

Eine andere führende Persönlichkeit der deutschen Großindustrie sagt u.a.:

„Darüber kann kein Zweifel unterliegen, daß die Kosten an Staats- und Kommunalsteuern in Deutschland anfangen, unerträglich zu werden, und daß in der Weiterentwicklung unserer Industrie ein Stillstand eintreten muß, wenn keine Beschränkung der Ausgaben erfolgt. Es muß von allen Seiten auf Sparsamkeit gedrängt werden, denn es ist unerträglich, bis zu 20 Prozent und selbst mehr seines Einkommens an Steuern abgeben zu müssen bei einer gegenüber unserer Nachbarländer England, Frankreich und Belgien wesentlich teureren Lebenshaltung.“

Schließlich noch folgende Beurteilung der Sachlage durch einen der sympathischsten, vielgenannten Großindustriellen:

„Einen schlimmeren Schlag wird man dem deutschen Wirtschaftsleben kaum verleihen können, das durch die Steuer- und soziale Gesetzgebung mehr und mehr unterbunden wird. Je mehr man die Vermögensbildung erschwert, das Sparen belästigt und bestraft und die Faulheit durch Staatsrenten belohnt, um so mehr wird das Wirtschaftsleben zurückgehen. In Deutschland gehen wir an großen Worten und Redensarten immer weiter bergab.“

Wir meinen: Solche Worte kann man nicht in den Wind schlagen; sie haben ihre Schwerkraft in sich selber. Auch muß unser Wirtschaftsleben haben. Wenn dies die Regierung nicht einseht, dann ist sie nicht fähig, ihre Aufgabe zu erfüllen. Eine indirekte Steuer ist ganz ausgeschlossen, nachdem man 1909 so tief hier einareifen mußte, oder auch die „Beststeuer“ hat ihre schweren Bedenken. Sollte es gar die Erbschaftsteuer sein, so müßte das Zentrum hierin nach den Worten des Abgeordneten Speck eine „Prüfung“ erbliden. Darum die eine Forderung: Heer und Flotte dürfen nicht mehr verlangen, als was unsere Einnahmen einbringen.

Politische Rundschau.

Dresden, den 8. März 1912.

— **Preussisches Verrenthaus.** Zunächst ehrt das Haus das Andenken der seit der letzten Sitzung verstorbenen Mitglieder in der üblichen Weise. Verrenterminister Oberbürgermeister stürte-Königsberg referierte sodann über die Verhandlungen in der Kommission über den Gesetzesentwurf, betreffend die Ausübung der Armenpflege der Arbeitsschönen und jüngerer Rührpflichtigen. Nach den Beschlüssen der Kommission soll auch die Unterbringung derjenigen, die sich freiwillig der Haushaltungspflicht ihrer Angehörigen entgegen zu eine als geringere anerkannte Privatanzahl stellen können. Auch sollen Kinder, die die Unterhaltungspflicht ihren Eltern gegenüber verabsäumen, von dem Gesetz getroffen werden können.

— **Preussisches Abgeordnetenhaus.** Zunächst steht auf der Tagesordnung die Beratung des Etats des Finanzministeriums. Finanzminister Venke mahnt zur Vorsicht bei der Aufnahme von Anleihen, trotz der guten Finanzlage Preussens. Dem Abgeordneten Brünning gibt er Antwort auf eine Anfrage betreffend die Größe der Etate der Staatsanleihe. Abg. Dr. König (Fr.) führt aus, daß bei der Festsetzung der defizitieren Orte fiskalische Interessen mitgewirkt hätten, worauf Finanzminister Dr. Venke diese Auffassung zurückweist. Abg. Dr. Schwöder-Köfel, Ministerialdirektor Halle, Abg. Delius (Fr. Vp.) und Dr. König (Fr.) debattieren über die Wohnungsverhältnisse der Beamten. Nachdem noch Finanzminister Dr. Venke gesprochen hatte, wurde die Debatte geschlossen. Das Extraordinarium wurde ohne Debatte bewilligt.

— **Ein Reichsanstalt für Luftschiffahrt.** Die Regierung beschließt die Gründung und Unterhaltung einer Reichsanstalt für Luftschiffahrt und Angedank, die ihren Sitz in Friedrichshagen haben soll. Die neue Reichsanstalt soll eine mit allen Hilfsmitteln der modernen Technik ausgestattete Versuchsanstalt für Luftschiffahrt werden, mit deren Leitung vornehmlich Graf Zeppelin betraut werden wird. Es sind schon eine größere Anzahl von Gutachten eingeholt worden, und die Verhandlungen mit den beteiligten Kreisen stehen vor dem Abschluß. Augenblicklich wird die Angelegenheit finanziell geprüft. Voraussichtlich wird nach der „Tägl. Rundschau“ schon der Etat für das Jahr 1913 einen entsprechenden Kredit für die ersten Baukosten anfordern.

— **20 Millionen Mark Ueberschuss** wird das Jahr 1911 höchstwahrscheinlich bringen. Im Reichshofamt ist man mit allen Vorbereitungen für die Konferenz am nächsten Sonnabend beschäftigt, indem man den Finanzministern klar machen will, warum ein solch hoher Ueberschuss entstanden ist. Die Finanzminister aber müssen sagen: 1. Ist es richtig, daß das Reichshofamt noch im März 1911 bei Beratung des Voranschlags für das Jahr 1911 erklärte: die Etatsanläge seien durchaus angemessen, es seien kleine

oder nur ganz geringe Mehreinnahmen zu erwarten? 2. Ist es richtig, daß das Reichshofamt kurze Zeit darauf erklärte, es sei ganz unmöglich, die 9 Millionen Mark, welche die Herabsetzung der Altersgrenze von 70 auf 65 Jahre erfordern würde, anzubringen? 3. Ist es richtig, daß noch im Spätherbst des Jahres 1911 die finanzielle Situation als keineswegs rosig dargestellt und die Notwendigkeit der 52 Millionen Mark Ratschlagsbeiträge im Bundesrate behandelt wurde? 4. Woher kommt es, daß nunmehr gleichwohl nicht weniger als 20 Millionen Mark Ueberschüsse für das Rechnungsjahr 1911 in Aussicht stehen?

— **Ein Artikel des Abg. Gieberts im „Tag“.** Der unter gewissen Voraussetzungen für neue Steuern eintritt (für eine Beststeuer), wird in der Presse so gedeutet, als beständen in der Zentrumsfaktion Differenzen über die Frage von neuen Steuern. Diese Auffassung ist unzutreffend. Die Zentrumsfaktion steht vielmehr auf dem Standpunkte, daß neue Steuern zu vermeiden sind. Wenn der genannte Artikel dies nicht klar genug zum Ausdruck bringt, so geht dies die Zentrumsfaktion gar nichts an.

— **Der Hausabund für die Erbschaftsteuer.** Die neueste Kundgebung des Hausabundes ruft nach Steuern, was sich die Kaufleute merken können. Er will die Erbschaftsteuer, die gerade den mittleren Kaufmann am schwersten treffen würde; denn dieser hat sein ganzes Vermögen im Geschäft (Haus, Warenlager) stecken; er würde herangezogen werden und zwar auch das Vermögen, das seine Kinder im Geschäft mitberden haben.

— **Kann ein Sozialdemokrat Bürgermeister sein?** Bei Beratung einer Petition um Abänderung der Gemeindeordnung und des Gemeindevahlrechts erklärte Departementschef Dr. Paulsen es im preussischen Landtage für unmöglich, daß ein Sozialdemokrat Bürgermeister werde, namentlich weil er die Pflichten als Hüter der staatlichen Ordnung nicht übernehmen könne, die er ja grundsätzlich bekennt.

— **Graf Oppersdorff und der Augustinerverein.** Die „Veipg. R. R.“ schreiben: „Der wegen seines Konfliktes mit dem Zentrum bekannte Reichstagsabgeordnete Graf Oppersdorff war vom Vorstande des Augustinervereins zur Pflege der katholischen Presse“ aus diesem Verein ausgeschlossen worden. Daraufhin hatte Graf Oppersdorff den Vorstenden des Vereins, Dr. Hülsen-Düffeldorf, als Vertreter des Vorstandes, auf Wiederaufnahme in den Verein verklagt. Das Düsseldorfere Landgericht hat indessen die Klage des Grafen Oppersdorff abgewiesen.“

— **Waffenaustritt aus der Landeskirche.** Unter dem Vorhitz des Professors Ludwig Gurlich hat sich bekanntlich ein Komitee „Konfessionslos“ gebildet, das den in Deutschland bereits vorhandenen 200 000 Dissidenten die volle Anerkennung der staatsbürgerlichen Gleichberechtigung erwirken will. Hierzu betrifft das Komitee zunächst den Massenaustritt aus den Landeskirchen, vornehmlich von Lehrern, Beamten und Personen in öffentlichen Stellen. Dieser Plan wird in der Weise durchgeführt, daß ein Stamm von Vertrauensmännern, der über das ganze Reich verstreut ist, die Namen solcher Personen sammelt, die mit dem Verbleiben der Kirche innerlich gebunden haben. In einem Tage, vornehmlich Herbst 1912, treten dann diese Personen gleichzeitig aus. Nach einigen Wochen öffentlicher Herbeirbeit sind bereits 150 Vertrauensmänner in Hannover, Köln, Hamburg, Königsberg, Minden, Frankfurt a. M. und in einer Reihe anderer Städte gewonnen. Zwar rein katholische Kleinstädte sollen sich darunter befinden. Unter den Personen, die bereits ausgetreten sind, befinden sich etatsmäßig angestellte mittlere und höhere Beamte jeder Art, wie Oberlehrer, Hochschullehrer, Reichspostbeamte, richterliche Beamte, ferner Ärzte, Diplom-Ingenieure, Künstler von Ruf, Inhaber großer Industrie- und Handelsfirmen. Die etatsmäßig angestellten Beamten, die den Kirchenaustritt bereits vollzogen haben, seien durch ihre vorgesetzten Behörden in keiner Weise bestraft worden. Für die geplante größere Aktion haben sich bereits andere Oberlehrer und auch Volksschullehrer auf ihr Wort verpflichtet. Man unterdrücke diese Bestrebungen nicht und treffe zeitig keine Gegenmaßnahmen.

— **Die deutschen Streitkräfte in China.** Nach der nunmehr erfolgten Neuverteilung der deutschen Streitkräfte in China befinden sich gegenwärtig in Peking 225 Mann deutscher Truppen zum Schutze der dortigen Gesandtschaft, da 110 Mann der im vorigen Monat im staatslichen zurückgelassenen Verstärkung, die insgesamt 500 Mann betragen (140 Matrosenartilleristen und 360 Seeloldaten), nach Peking beordert wurden. Ferner ist Tientsin jetzt mit 225 Mann besetzt. Hier steht die Kompanie Witt vom 3. Seebataillon, der die Oberleutnants Schumann, Freyberg von Gramm und Hermann, sowie der Marineoberarzt Dr. Schulz angehören. 100 Mann der Kompanie waren zur Bekämpfung der Streife von der Brücke bei Hankau bis Kotschuang an der Linie Peking-Schanhaikwan verwendet worden. Rechnet man die künftige Wache von 25 Mann, die von der Peking-Gesandtschaftswache für Tientsin gestellt wird, unter Leutnant Kerber hinzu, so ergibt sich die genannte Zahl. Dem Gouverneur stehen nach dem „Berl. Lokalanzeig.“ in Kantschu nur noch 200 Mann als Reserve für weitere Truppenbewegungen zur Verfügung, da die sonstige Besatzung naturgemäß zum Schutze der Kolonie Ber-